ExportManager

Ausgabe 4 | 11. Mai 2022
www.exportmanager-online.de

Ausgewählte Informationen für Exportverantwortliche

Schwerpunktthema dieser Ausgabe: Südasien

In Indien geht es mit viel Schwung aus der Krise | Bangladesch bangt um seine Zukunft | RCEP: der neue Handelsriese | BIP-Prognosen: der Krieg und die wirtschaftlichen Folgen | So gelingt der Weg zu mehr Nachhaltigkeit | Sri Lanka: die geplünderte Insel | Rohstoffsicherung: Kein Export ohne Import | Embargos gegen Russland und Belarus im Vergleich

Die Augen der Welt bleiben auf den Krieg in der Ukraine gerichtet, kurz vor Redaktionsschluss hat die EU ein sechstes Sanktionspaket gegen Russland auf den Weg gebracht, das die schrittweise Einführung eines Ölembargos enthalten wird. Darauf einigte sich wenig später auch die G-7.

Auf unserer Erde existieren (leider) noch mehr Krisenherde – zumal das Coronavirus nach wie vor von Mensch zu Mensch springt. Im neuen **Export-Manager** liegt der Schwerpunkt auf Südasien. Länder wie Bangladesch und Sri Lanka sind sowohl politisch als auch wirtschaftlich in prekäre Abhängigkeiten und Turbulenzen geraten. Es gibt aber auch einige wenige Staaten, die von der aktuellen Zeitenwende profitieren. Das erfahren Sie ebenfalls in der neuen Ausgabe, genau wie alles Wissenswerte zum neuen Freihandelsabkommen RCEP.

Darüber hinaus geht es um eine neue Rohstoffstrategie, ESG-linked Loans als Weg zu mehr Nachhaltigkeit und einmal mehr die Russland-Sanktionen. Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Jörg Rieger

THEMEN

VERKAUFEN

3 In Indien geht es mit viel Schwung aus der Krise
Auf dem Subkontinent spürt man allenthalben Aufbruchstimmung. Die Digitalisierung hat enorme Fortschritte gemacht, auch schon vor und wegen Corona. Die Zeichen stehen auf Wirtschaftswachstum.
Heinrich Brüllau, KB TechTransfer

5 Bangladesch bangt um seine Zukunft
Steigende Rohstoffpreise und ein verschlechtertes Umfeld lassen in Bangladesch höhere soziopolitische Spannungen erwarten. Dabei schien die Corona-Pandemie wirtschaftlich gut überstanden.
Karsten Koch, Credendo

7 Der neue Handelsriese
Die RCEP wird die größte Freihandelszone der Welt; knapp ein Drittel der globalen Wertschöpfung wird schon heute dort erwirtschaftet. Muss uns der neue Koloss schrecken?
Deutsche Bank

9 BIP-Prognosen: der Krieg und die wirtschaftlichen Folgen
Coface hat seine Wachstumsprognosen für 2022 revidiert. Starke BIP-Rückgänge verzeichnen die Kriegsparteien, bessere Prognosen erhalten einzelne rohstoffreiche Länder in Afrika und im Nahen Osten.
Christiane von Berg, Coface

FINANZIEREN

11 So gelingt der Weg zu mehr Nachhaltigkeit
ESG-linked Loans sind das Mittel der Wahl, um wirtschaftliches Wachstum und Nachhaltigkeit zu verbinden. Die Idee ist, dass die Konditionen der Finanzierung auch daran gekoppelt sind, wie gut das Geschäft bei den ESG-Kriterien abschneidet.
Anna Orrico, LBBW

13 Sri Lanka: die geplünderte Insel
Eine unfähige Regierung und die Katastrophen der Welt haben das strategisch wichtige Eiland in den Abgrund getrieben. Nun ist guter Rat teuer, denn eine Rettung scheint für das zahlungsunfähige Land in weiter Ferne.
Dr. Christoph Hein, Frankfurter Allgemeine Zeitung

LIEFERN

15 Kein Export ohne Import
Die deutsche Exportwirtschaft ist auf eine Vielzahl importierter Metalle angewiesen. Weil der Zugriff auf etliche Metalle und daraus gefertigte Vorprodukte gefährdet ist, braucht Deutschland dringend eine angepasste Rohstoffstrategie.
Hauke Burkhardt, Deutsche Bank

17 Neue Russland-Sanktionen: Embargos gegen Russland und Belarus im Vergleich
Nach dem 15. März 2022 wurden als Antwort auf den völkerrechtswidrigen Angriff zusätzliche Sanktionen gegen Russland und gegen Belarus beschlossen. Wie unterscheiden sich diese Embargos und wie wirken sie sich auf die Exporteure in der EU aus?
Harald Hohmann, Hohmann Rechtsanwälte

21 STRATEGISCHE PARTNER UND IMPRESSUM

In Indien geht es mit viel Schwung aus der Krise

Auf dem Subkontinent spürt man allenthalben Aufbruchstimmung in der Wirtschaft. Die Digitalisierung hat enorme Fortschritte gemacht, auch schon vor und wegen Corona. Die Politik tat ihr Übriges. So stehen die Zeichen wieder auf starkes Wirtschaftswachstum.

Heinrich Brüllau
Geschäftsführer,
KB TechTransfer GmbH,
„Die Indien-Praktiker"

betra.kg@t-online.de
linkedin.com/in/heinrich-bruellau-6833231a

Bei den Wahlen im Februar und März dieses Jahres in fünf sehr unterschiedlichen Bundesstaaten ist das regierende Parteienbündnis rund um Premierminister Narendra Modi in vier Staaten als Sieger hervorgegangen. Die oppositionelle Congress-Partei, die Indien jahrzehntelang regiert hatte und vielfach für die ebenso lange Stagnation der indischen Wirtschaft verantwortlich gemacht wird, ist weitgehend in die Bedeutungslosigkeit abgesunken.

Seit 2014 regiert Modi, nun schon in zweiter Amtszeit, mit absoluter Mehrheit durch ein Parteienbündnis, dessen stärkster Teil die BJP (Indische Volkspartei) ist. Sie wird häufig als hindu-nationalistisch bezeichnet, aber das trifft den Kern der indischen Politik nicht, weil es weder einen einheitlichen Hinduismus noch einen einheitlichen Nationalismus gibt. Ansonsten ist die Parteienlandschaft durch Regionalparteien geprägt, die jeweils nur in einem Bundesstaat stark sind. Die jüngsten regionalen Wahlerfolge der BJP werden als Grundlage für eine dritte Amtszeit Modis bei den Wahlen 2024 angesehen.

Nach ersten zaghaften Reformschritten in den 90er Jahren stagnierte die Entwicklung lange auf allen Ebenen. Zudem war die Politik durch nicht enden wollende Korruptionsskandale, Parteispaltungen und Koalitionswechsel geprägt. Erst Modi gelang es seit 2014, gestützt auf eine solide absolute Mehrheit im Parlament, einen Reformschub anzustoßen. In der Erkenntnis, dass eine große Menge der erforderlichen neuen Arbeitsplätze nur durch massive Industrialisierung erreicht werden kann, wurde das „Make in India"-Programm aufgelegt, das mehr ausländische Investitionen anlocken soll, insbesondere im industriellen Sektor.

Digitalisierung der Verwaltung

Zur Verbesserung der Infrastruktur in den Städten wurde die „Smart City Mission" ins Leben gerufen, für die über 100 Städte ausgewählt wurden. Es gab erste Initiativen zur Privatisierung des übergroßen staatlichen Sektors (Banken, Versicherungen, Kohle, Stahl, Air India) und zur Zulassung von mehr privatem Wettbewerb in diesen Bereichen. Ebenso wurde die Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben, sodass heute alle wesentlichen Anträge und Formulare online einzureichen sind. Die große Steuerreform 2017 mit der Einführung der „Goods and Services Tax", einer Art Mehrwertsteuer, hat den unüberschaubaren Dschungel von nationalen, lokalen und städtischen Steuern und Abgaben gelichtet und schuf erstmals einen einheitlichen Binnenmarkt.

© YashSD/Shutterstock

Die Politik von Indiens Präsident Narendra Modi hat auch starken Einfluss auf die heimische Wirtschaft.

Immerhin konnte Indien im „Ease of Doing Business Index“ von Platz 134 (2014) auf Platz 63 (2020) springen. Diese Position zeigt aber auch gleichzeitig, dass noch viel zu tun ist, um das Investitionsklima weiter zu verbessern. In der zweiten Amtszeit Modis wurden weitere Bereiche dereguliert. Das veraltete Arbeitsrecht wurde reformiert. Das Klima für Gründungen und Start-ups verbessert sich, vor allem natürlich in der digitalen Wirtschaft. Infolge der Corona-Pandemie hat die Regierung 27 Mrd USD für Investitionsanreize (Production Linked Incentives) bereitgestellt. Dieses Programm wird wohl auch noch weiter ausgebaut.

Da der Westen, insbesondere die USA, lange Zeit Indiens Erzfeind Pakistan als Partner präferiert hatte und auch heute noch zu bevorzugen scheint – trotz der engen Verbindung des pakistanischen Geheimdienstes zur Terrorherrschaft der Taliban in Afghanistan –, wandte sich Indien früh der Sowjetunion und später Russland zu. Für die sowjetische Hilfe in den frühen Jahren ist Indien heute noch dankbar. Zwar ist der Handel zwischen Indien und Russland eher unbedeutend, im Bereich Militär und Atomkraft aber für Indien lebenswichtig. Russisches Gas und Kohle spielen jedoch kaum eine Rolle. Indien bezieht sein Gas immer noch unter anderem aus dem Iran, trotz des US-Embargos.

Außerdem erschließt sich Indien Kohlelieferungen aus den Ländern rund um den Indischen Ozean: Indonesien, Mosambik und seit Kurzem Australien. Beim Öl ist Indien mit den größten Raffineriekapazitäten der Welt sowohl Importeur von Rohöl als auch Exporteur von Ölprodukten. Der Plan, eine „Seebrücke“ zwischen dem indischen Hafen Chennai und Wladiwostok zu bilden, um dann Güter von dort per Bahn nach Europa zu liefern – nach dem Muster der Yiwu-Duisburg-Eisenbahnverbindung der „Neuen Seidenstraße“ Chinas –, dürfte ebenso wie sein Vorbild durch den Ukraine-Krieg Schaden nehmen.

Das Arabische Meer als Vorgarten

Prägender bleibt aber der Gegensatz zu China. An der Grenze, der sogenannten Line of Actual Control, kommt es immer wieder zu kleineren Scharmützeln. Indien fühlt sich auch durch die „Neue Seidenstraße“ zunehmend eingekreist, denn der wichtigste Teil der „Straße“ führt durch das verfeindete Pakistan und gibt China einen Hafen am Arabischen Meer, das Indien bis dato als eigenen Vorgarten betrachtet hat. Im Gegenzug baut Indien im Iran mit großem Aufwand den Hafen Chabahar, der das zentralasiatische Hinterland für Indien unter Umgehung von Pakistan erschließen soll.

Aktuell entwickelt sich, auch aufgrund des Paradigmenwechsels der amerikanischen Außenpolitik, eine neue Gruppierung in Form der „Quad“ – USA, Japan, Australien, Indien –, die auch ganz klar gegen die chinesische Expansion gerichtet ist. Mit einigen asiatischen Staaten – Japan, Südkorea, ASEAN – bestehen Freihandelsabkommen. Im März wurde auch ein Freihandelsabkommen mit Australien geschlossen. Es bedient den Kohlehunger Indiens – und gibt Australien eine willkommene Alternative zum schwierig gewordenen Absatzmarkt China.

Der Regierung Modi dürfte klar sein, dass man China nicht als „verlängerte Werkbank der Welt“ ersetzen kann, aber Indien versucht sich als Alternative zu China ins Spiel zu bringen. Dabei bemüht man sich insbesondere um Japan und Deutschland. In Japan gibt es bereits eine „China Plus“-Politik; japanische Investitionen in Indien steigen zunehmend, während in Deutschland die Diskussionen, wie man aus der fatalen Abhängigkeit von China herauskommen kann, noch weitgehend von der Russland-Thematik überlagert werden.

Besonders schmerzhaft für das Software-Land Indien ist die fast völlige Abhängigkeit von Importen im gesamten Bereich der elektronischen und elektrischen Hardware. Hier wird massiv versucht, die heimische Produktion von Handys, Computern, Elektronik usw. anzustoßen; so zeichnen sich einige Großinvestitionen in diesem Bereich ab.

Indien versucht auch, sich als Alternative zu China als Exportstandort zu profilieren. Die Ausfuhr aus Indien heraus ist in den vergangenen Jahren wesentlich erleichtert worden. Der deutsche Handel mit Indien ist seit 2016/17 rückläufig. Dies wird von vielen indischen Seiten beklagt. Seit zehn Jahren gibt es deutsch-indische Regierungskonsultationen, jedoch hat dies die Bemühungen um ein Freihandelsabkommen mit der EU nicht vorangebracht. Indien versucht nun „Early Harvest“-Abkommen zu schließen, bei denen die strittigen Punkte ausgeklammert werden, und macht diesbezüglich Fortschritte mit Großbritannien und den Emiraten, jedoch nicht mit der EU und damit auch nicht mit Deutschland.

Indien als Exportdrehscheibe

Gerade in den deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen ist noch viel Luft nach oben. Wer in den indischen Markt eindringen will, muss sich darüber im Klaren sein, dass dieser Markt extrem preissensibel ist und angepasste Produktentwicklungen erfordert. Auch macht es Sinn, über Indien als Standort nicht nur für den Binnenmarkt, sondern auch als Exportdrehscheibe, insbesondere für den asiatisch-afrikanischen Markt, nachzudenken. Weiterhin unerschöpflich bleibt das Potenzial an indischen Talenten im IT- und Engineering-Sektor. Dies, verbunden mit der absehbar langfristigen politischen Stabilität in einem demokratischen Land, dürfte für ein verstärktes deutsches Engagement in Indien sprechen.

Bangladesch bangt um seine Zukunft

Steigende Rohstoffpreise und ein verschlechtertes außenwirtschaftliches Umfeld lassen in Bangladesch höhere soziopolitische Spannungen erwarten. Dabei hatte das südasiatische Land die Corona-Pandemie wirtschaftlich ziemlich gut überstanden.

© Salahuddin Ahmed Paulash/Shutterstock

Die Textilbranche kann Bangladeschs Wirtschaft auch in Krisenzeiten stark stützen.

Der Krieg in der Ukraine und die Unterbrechung der Importe aus Russland treffen die anhaltende wirtschaftliche Erholung Bangladeschs. Der starke Rohstoffpreisschock, insbesondere gestiegene Kraftstoff- und Lebensmittelpreise, könnten länger anhaltende destabilisierende soziale und politische Effekte haben. Dies haben bspw. kürzlich die landesweiten Proteste gegen die Regierung gezeigt. Nicht nur die Inlandsnachfrage leidet unter den trüben Konjunkturbedingungen, auch die schwächere westliche Auslandsnachfrage bremst die dominierenden Bekleidungsexporte. Daher ist für 2022 ein schwächeres Wirtschaftswachstum zu erwarten.

Auswirkungen der Pandemie gering

Die Covid-19-Pandemie hat die Wirtschaft Bangladeschs zwar in Mitleidenschaft gezogen, ihre Auswirkungen auf die makroökonomischen Fundamentaldaten waren aber relativ gering. Das Land ist wirtschaftlich resilient – gestützt durch Überweisungen aus dem Ausland (die im Finanzjahr bis Juni 2021 ein Rekordniveau erreichten) und den robusten Bekleidungssektor. Im Finanzjahr 2020 konnte Bangladesch trotz Pandemie insgesamt noch ein positives Wachstum (+3,5%) erreichen, das Finanzjahr 2021 zeigte dann mit 5% Wachstum eine deutliche Erholung.

Aktuell leidet die Wirtschaft jedoch unter neuen Schocks: Der Krieg in der Ukraine sorgt für einen hohen Inflationsdruck (Lebensmittel und Energie), führt zu Unterbrechungen bei den Lebensmittelimporten aus Russland und der Ukraine und erhöht den Druck auf den Staatshaushalt durch zusätzliche Ausgaben. So wurden im März Lebensmittelsubventionen angekündigt, um die sozioökonomische Belastung zu verringern und das Risiko der Ernährungsunsicherheit zu vermeiden. All diese Faktoren schlagen sich in schwächeren Wachstumserwartungen nieder. Folglich dürften die jüngsten BIP-Wachstumsprognosen des Internationalen Währungsfonds für Bangladesch (+6,6% im Finanzjahr 2022 und +7,1% 2023), die im März veröffentlicht wurden und auf Daten bis Mitte Februar beruhten, demnächst noch nach unten korrigiert werden.

In diesem schwierigen sozioökonomischen Kontext haben die rasch steigenden Lebenshaltungskosten in der Bevölkerung Ende März große Proteste und Streiks ausgelöst. Anhaltend hohe Energie- und Lebensmittelpreise sind nicht nur ein

Karsten Koch
Country Manager,
Credendo

k.koch@credendo.com
www.credendo.com

Risiko für die soziale Stabilität, sondern auch für die Politik: Soziale Spannungen könnten zunehmend die Position der langjährigen Regierungschefin, Premierministerin Sheik Hasina, schwächen und möglicherweise dazu beitragen, die zersplitterte Opposition wiederzubeleben.

Devisenpolster wächst langsamer

Im Moment ist die externe Liquidität des Landes noch gut. Die Devisenreserven stiegen im ersten Jahr der Pandemie dank eines stärkeren Rückgangs der Importe im Vergleich zu den Exporten und robuster Auslandsüberweisungen von Arbeitern an und sind seitdem stabil geblieben.

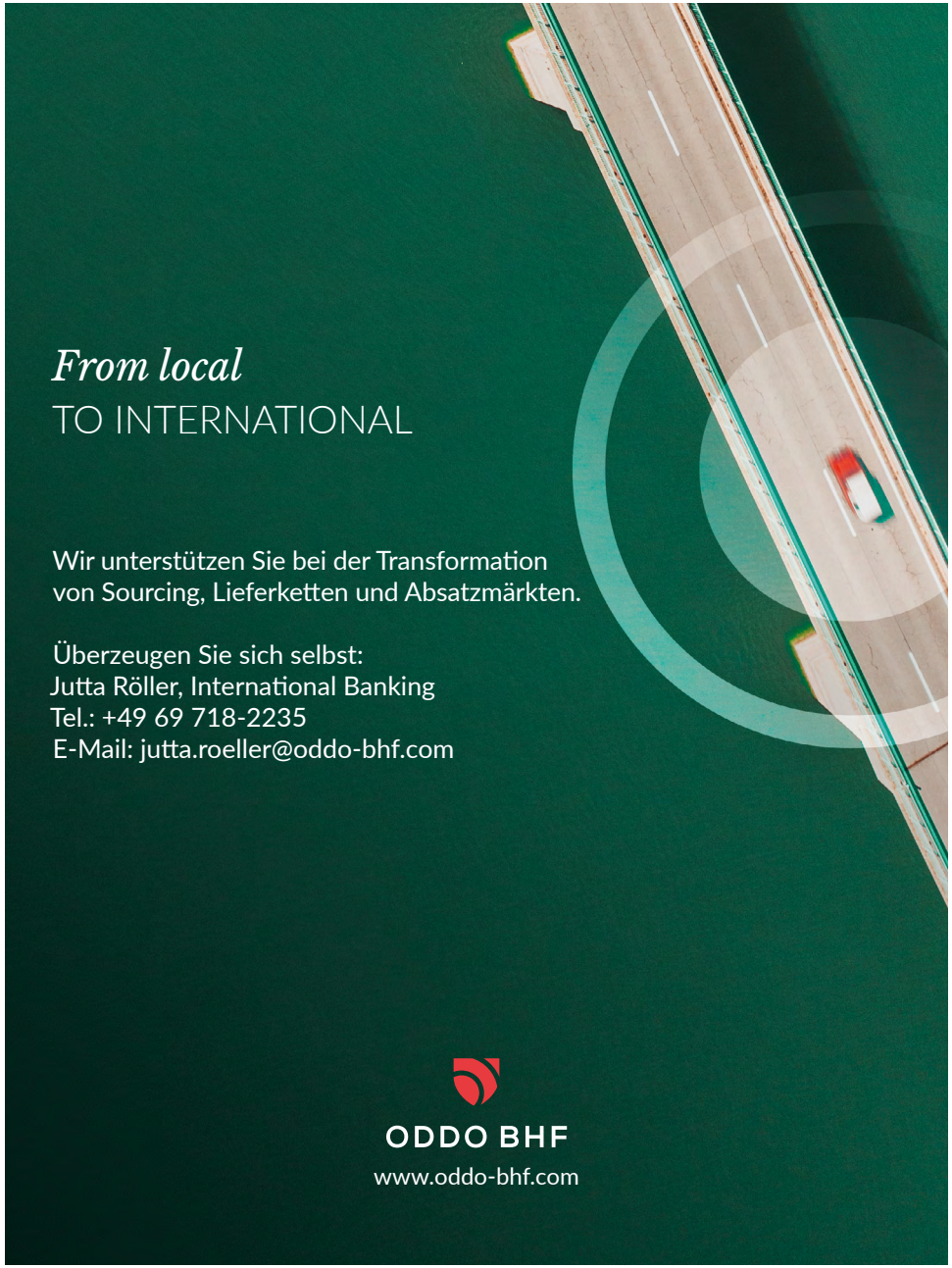
Vor diesem Hintergrund ist derzeit die Importdeckung mit 6,5 Monaten relativ komfortabel, auf Jahressicht dürfte sie jedoch abnehmen. Das kurzfristige politische Risiko Bangladeschs, das mit 3/7 recht stabil bewertet ist, könnte in Zukunft unter Druck geraten. Das Verhältnis der kurzfristigen Auslandsschulden zu den Leistungsbilanzeinnahmen ist moderat; es ist jedoch zu erwarten, dass die Liquidität Bangladeschs durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs in Mitleidenschaft gezogen wird. Dies könnte zu einer Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits führen – aufgrund sinkender globaler Nachfrage nach Bekleidung, steigender Preise für importierte Brennstoffe und Lebensmittel sowie rückläufiger Auslandsüberweisungen (die im Finanzjahr 2021 erreichten hohen Werte waren teils auf vorübergehende staatliche Anreize zurückzuführen) – und damit zu einem verlangsamten Aufbau von Devisenreserven.

Was das Geschäftsumfeldrisiko betrifft, so blieb der bangladeschische Taka zwischen März 2021 und März 2022 gegenüber dem US-Dollar weitgehend stabil (–1,6%), was zum Teil auf einige Interventionen der Zentralbank zurückzuführen war. Allerdings nimmt der Währungsdruck 2022 durch die Inflation (März: +6% gegenüber dem Vorjahresmonat) und das wachsende Leistungsbilanzdefizit deutlich zu.

Der Ratingsausblick ist negativ

In Anbetracht des schwächeren BIP-Wachstums ist daher auch der Ratingausblick (D/G) negativ. Außerdem ist das Risiko weiterer Covid-19-Wellen nicht gebannt. Bangladesch wurde von mehreren Pandemie-Wellen heimgesucht, die stärksten trafen das Land im vergangenen Sommer (Delta-Variante) und Anfang dieses Jahres (Omikron-Variante) aufgrund der noch niedrigen Impfquoten. Inzwischen sind zwei Drittel der Bevölkerung geimpft, und es wird erwartet, dass die Pandemie in den kommenden Monaten ein geringeres Risiko darstellt.

Anzeige



Der neue Handelsriese

Die RCEP wird die größte Freihandelszone der Welt; knapp ein Drittel der globalen Wertschöpfung wird schon heute dort erwirtschaftet. Muss uns der neue Koloss schrecken?

Die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) ist ein weiterer Schritt Richtung Blockbildung in der Weltwirtschaft: Die Lieferketten werden zunehmend kontinental statt global. Das Freihandelsabkommen, das wirtschaftliche Schwergewichte wie China, Japan, Südkorea und Australien sowie dynamische Wachstumsländer wie Vietnam und Malaysia umfasst, dürfte diese Entwicklung forcieren. Es ist bemerkenswert, dass so unterschiedliche, historisch in ihrer Beziehung teilweise sehr belastete Staaten zusammengefunden haben.

Die RCEP-Region hat sich in den Jahren 2005 bis 2015 weniger abhängig von Vorprodukten aus und Absatzmärkten in Europa und Nordamerika gemacht, während die „Fabrik RCEP" für die „Fabriken Europa und Nordamerika" wichtiger geworden ist. Die RCEP-Länder profitieren von der Entwicklung globaler Wertschöpfungsketten (Global Value Chains, GVC), insbesondere bei komplexen Lieferketten. Schon heute ist der Anteil von GVC, bei denen Güter im Laufe ihrer Produktion mehrere Staatsgrenzen überschreiten, in diesen Ländern so groß wie in Europa; nur China allein hat einen höheren Anteil. Chinas wichtigste Region für Vorprodukte und den Export zur Endverarbeitung ist schon heute die RCEP.

Wenn in den kommenden 20 Jahren im Zuge des RCEP-Abkommens 90% der Zollschranken fallen, wird das den Aufbau regionaler, grenzüberschreitender Lieferketten für Güter beschleunigen. Zwar gibt es schon lange Zollabkommen in der ASEAN-Region, der die Mehrzahl der RCEP-Staaten angehört: 70% des Inner-ASEAN-Güterhandels sind bereits zollfrei. Aber die drei wichtigsten Länder China, Japan und Südkorea trennen zum Teil noch relativ hohe Zollbarrieren. Wenn sie fallen, werden vor allem diese drei von der RCEP stark profitieren.

© tunasalmon/Shutterstock

Die zehn Länder des Verbandes Südostasiatischer Nationen sind alle auch beim RCEP-Abkommen mit dabei.

Diese Entwicklung muss Europa aber nicht schrecken. Die Barrieren werden nur langsam abgebaut, wichtige Bereiche wie Landwirtschaft und der wachsende Dienstleistungssektor sind ganz von den RCEP-Regelungen ausgenommen oder gehen kaum über das GATS-Regime hinaus, das auf Ebene der Welthandelsorganisation den Handel mit Dienstleistungen regelt.

Außerdem ist die wirtschaftliche Verflechtung der EU mit den RCEP-Ländern geringer als die Nordamerikas oder der Mercosur-Staaten. Das gilt sogar für das exportstarke Deutschland. So wird die RCEP vor allem als politisches Signal Chinas an die USA nach der Absage der Transatlantischen Partnerschaft mit Japan, Vietnam, Chile und anderen Pazifikanrainern durch die Trump-Regierung gewertet.

Augenfällig ist dabei allerdings, dass viele Konfliktbereiche wie Arbeitsrecht, Nachhaltigkeit und Umweltschutz oder auch Subventionen und Staatsunternehmen nicht Teil der Einigung sind. Die EU ist in dieser Hinsicht deutlich weiter integriert und bemüht sich um ein faires Wettbewerbsumfeld innerhalb der Region. So lässt die RCEP Potenzial liegen. Viele Experten nehmen daher an, dass die Wachstumsimpulse in der Anfangszeit überschaubar sein werden.

Boris Karkowski, Chefredakteur „results. FinanzWissen für Unternehmen". Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung der Deutschen Bank. Diesen und weitere Beiträge finden Sie HIER

Der BDI warnt in seiner Analyse der RCEP-Freihandelszone dennoch davor, die Veränderungen zu unterschätzen. Die RCEP-Mitgliedstaaten würden ihren Handel miteinander intensivieren; wer draußen sei, werde hingegen das Nachsehen haben. Europäische Exporteure müssten sich darauf einstellen, dass ihr Marktzugang geschwächt und Handel umgelenkt werde, schreibt der BDI.

Jochen Möbert von Deutsche Bank Research sieht hingegen weniger Risiken für deutsche Unternehmen durch die RCEP als durch innerdeutsche oder innereuropäische Themen wie steigende Stromkosten. Schließlich sei Deutschland eines der wenigen Länder, die sich trotz Chinas Aufstieg seit vielen Jahren erfolgreich auf dem Weltmarkt behaupteten: „Wer überzeugende, attraktive Produkte baut, wird auch mit der RCEP Kunden finden. Vielleicht sogar noch mehr als zuvor."

Die RCEP bietet sogar Chancen für Europa – wenn die Unternehmen direkt in der Region investieren. Vorlage ist Mexiko: Das Land profitierte von einem Zufluss internationaler Direktinvestitionen, nachdem es das Freihandelsabkommen NAFTA mit den USA und Kanada geschlossen hatte. Deutsche Unternehmen konnten nun günstig in Mexiko produzieren und zollfrei in das Nachbarland USA exportieren. Mit der RCEP könnte es ähnlich gehen: Deutsche Unternehmen produzieren an Standorten, die günstiger als China sind – wo die Arbeitskosten in vielen Bereichen inzwischen deutlich gestiegen sind – und könnten von dort aus den riesigen chinesischen Markt für den Export erschließen.

Der zweite große Vorteil: In etlichen Ländern dürfte die Gefahr staatlicher Interventionen und des Verlusts intellektuellen Eigentums geringer sein. Schließlich ist die technologische Autarkie Chinas erklärtes Ziel – das Land will nicht mehr nur Werkbank der Welt sein. Nicht zuletzt können sich deutsche Unternehmen mit einem Standort außerhalb Chinas dem andauernden Konflikt zwischen den Supermächten USA und China entziehen. Außenhandelsexperte Möbert empfiehlt auch, für die künftige Entwicklung Chinas Bedeutung nicht überzugewichten. „Nach 40 sehr beeindruckenden Wachstumsjahren wird deutlich, dass China an Dynamik verlieren wird." Indien hingegen könnte in den kommenden Jahrzehnten in die Rolle der Wachstumslokomotive hineinwachsen, zumindest biete die wachsende Mittelschicht in Kombination mit dem westlich geprägten Rechtssystem eine gute Basis dafür. Indien ist aber in letzter Minute aus der RCEP ausgestiegen – und könnte empfänglich sein für alternative Abkommen. Möglicherweise ist die RCEP der Startschuss zu einer neuen Runde von umfassenden Freihandelsvereinbarungen. „Wer weiß, vielleicht kommt es ja sogar zu einer Vereinbarung zwischen den großen Blöcken RCEP und EU", sinniert Möbert – das wäre ein starker Impuls Richtung Globalisierung nach Jahren vor allem bilateraler Einigungen.

Anzeige

BIP-Prognosen: der Krieg und die wirtschaftlichen Folgen

Coface hat seine Wachstumsprognosen für das Jahr 2022 revidiert und damit auf den Krieg in der Ukraine sowie die umfangreichen Sanktionen reagiert. Starke Rückgänge im Bruttoinlandsprodukt verzeichnen erwartungsgemäß die beiden Kriegsparteien, eine verbesserte Prognose erhalten vereinzelt rohstoffreiche Länder in Afrika und im Nahen Osten.

Christiane von Berg
Chefvolkswirtin für Nordeuropa & Belgien, Coface

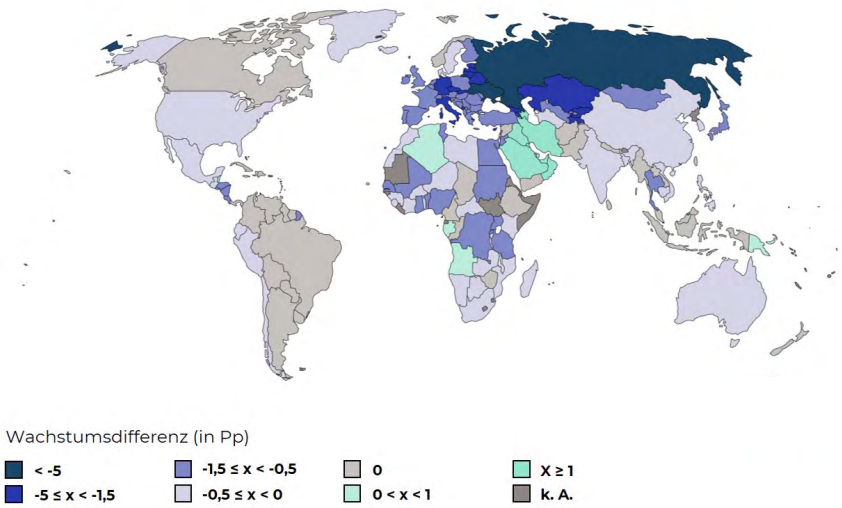
christiane.von-berg@coface.com
www.coface.com

Ökonomisch betrachtet zählen sowohl Russland als auch die Ukraine aufgrund der Sanktionsmaßnahmen bzw. der Zerstörung der Produktionsmittel zu den größten Verlierern. In der Ukraine erwartet Coface derzeit einen preisbereinigten Rückgang des Bruttoinlandprodukts von 15% gegenüber dem Vorjahr, in Russland wurde die Prognose um etwa 10 Prozentpunkte auf –7,5% nach unten revidiert. Eine verbesserte Wachstumsprognose erhalten vor allem Länder, die reich an Rohstoffen und zugleich kaum abhängig von Importen aus Russland und der Ukraine sind. Hierzu zählen Länder im Nahen Osten wie Saudi-Arabien oder der Iran, der durch seine großen Ölreserven wieder eine Annäherung an die USA und zumindest eine Teilaufhebung des Ölembargos erreichen könnte. Gleiches gilt für einzelne Länder im südlicheren Afrika wie Angola und Gabun, deren Ölexporte mehr denn je gefragt sein dürften.

Beim Blick auf die Weltkarte (Abbildung) wird deutlich, dass es Regionen gibt, deren ursprüngliche Wachstumsprognosen trotz der russischen Invasion in der Ukraine stabil bleiben. Das gilt für weite Teile Lateinamerikas und Afrikas. Eine gleichbleibende BIP-Prognose bedeutet jedoch nicht, dass ein Land nicht vom Krieg beeinflusst wird. Beispiel Norwegen: Dort profitiert die Ölindustrie, die jetzt deutlich mehr investieren kann und starke Exportzahlen vermeldet. Aber es gibt auch die Verlierer. Das sind die norwegischen Konsumenten, denn der Staat gibt das Öl an seine Einwohner nicht vergünstigt ab. Die Norweger müssen also ähnlich hohe Preise zahlen wie Westeuropäer. Die Gewinne und Verluste für die norwegische Wirtschaft als Ganzes gleichen sich schlussendlich aus.

In den meisten Ländern Europas wurden die BIP-Prognosen für das Jahr 2022 um 0,5 bis 1,5 Prozentpunkte nach unten revidiert. Grund hierfür sind weniger die direkten Handelsbeziehungen – vielmehr spielen der Preiseffekt von Rohstoffen sowie Zulieferprobleme eine herausragende Rolle. Obwohl Russland seinen Verpflichtungen bei Gas- und Öllieferungen fast unverändert nachkommt, haben die Finanzmärkte hier einen deutlichen Rückgang antizipiert. Das hat zu einem starken Anstieg der Öl- und Gaspreise in Europa geführt. Diese hohen Energiepreise übersetzten sich in hohe Produktions- oder Transportkosten, die dann fast alle Güter mehr oder weniger stark verteuern. In der Folge bezahlen Konsumenten mehr für ihre normalen Einkäufe und haben weniger Geld für andere Anschaffungen, wodurch das BIP-Wachstum abgebremst wird. Das gilt auch für Unternehmen, denen dann weniger Liquidität für Investitionen zur Verfügung steht. Deutschland ist als Industriestandort mit einer starken Energienachfrage von den genannten Entwicklungen besonders betroffen. Coface rechnet nach aktuellem Stand nur

Auswirkung des Russland-Ukraine-Kriegs auf BIP-Wachstumsprognosen



© Coface

Die meisten Länder auf der Welt sind vom Ukraine-Krieg direkt oder indirekt betroffen.

noch mit einem Wachstum von 1,8% (–1,6 Pp.) für 2022, auch aufgrund des starken Anziehens der Inflationsrate, die mit 6,9% dieses Jahr in Richtung der Werte von 1974 (erster Ölpreisschock) gehen könnte.

In den Niederlanden erwartet Coface ein BIP-Wachstum von 3,7% (vorher 4,4%) und eine Inflation, die dieses Jahr die 10%-Marke durchbrechen sollte. Die Niederlande sind zwar seit 2017 ein Netto-Energie-Importeur, könnten aber mittels anderer Bezugsquellen zumindest unabhängig von russischem Gas werden. Dennoch fällt der negative Effekt gestiegener Gaspreise auf die niederländische Wirtschaft ähnlich stark aus wie in den Nachbarländern, da über 70% der Einwohner mit Gas heizen. Steigende Gaspreise betreffen in der Folge also deutlich mehr Menschen als bspw. in Deutschland, wo 37% der Bevölkerung mit Gas heizen. Hinzu kommt, dass 3,5 Millionen Haushalte in den Niederlanden (44%) einen variablen Heizvertrag haben – d.h. mit einer Laufzeit von sechs Monaten, nach denen der Preis angepasst wird. Bei weiteren zwei Millionen Haushalten läuft der Gasvertrag in diesem Jahr aus und muss neu verhandelt werden. Damit übersetzen sich die Energiepreisanstiege in den Niederlanden wesentlich schneller in hohe Verbraucherpreise und einen damit verbundenen Rückgang der Kaufkraft.

In Belgien ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Hier erwartet Coface eine Inflationsrate von 9% im Jahr 2022. Neben den hohen Energiepreisen kommt hier zum Tragen, dass in Belgien die Löhne von Beamten, Rentnern und Sozialhilfeempfängern innerhalb weniger Monate an die Inflation angepasst werden. Dadurch wird es in Belgien besonders schwierig, eine sich drehende Inflationsspirale wieder abzubremsen. In puncto BIP-Wachstum prognostiziert Coface für das Königreich einen Wert von 3,1% (–0,7 Pp.) für 2022.

Finnland ist stark betroffen

Im Norden Europas gibt es unterschiedliche Effekte durch den Ukraine-Krieg: Mit Blick auf das BIP rechnet Coface in Norwegen mit keiner Veränderung, während die Inflationsrate von 3,5% auf 4% nach oben revidiert wurde. In Finnland sind die Auswirkungen hingegen deutlicher zu spüren. Denn Finnland und Russland haben nicht nur eine gemeinsame Grenze, sondern sind auch durch Handelsabkommen miteinander verbunden. Diese Beziehungen aufgrund der europäischen Sanktionen weiter herunterzufahren dürfte schwierig und kostspielig zugleich werden. Daher prognostizieren wir ein BIP-Wachstum von 2,5% im Jahr 2022 (–0,7 Pp.). In Dänemark und Schweden dagegen sind die direkten Handelsbeziehungen zu Russland oder der Ukraine weniger ausgeprägt und Gas macht nur einen kleineren Anteil am Netto-Energiekonsum in beiden Ländern aus.

Anzeige

ExportManager
FORUM UK

Webinar am 18. Mai 2022
10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Back to New Normal

Derzeit liegen die deutschen Exporte nach UK ein Viertel unter dem Wert des Vor-Brexit-Jahres 2015. Auch 2022 dürften administrative Hindernisse und Reisebeschränkungen den Austausch belasten. Doch am Horizont wird eine neue Normalität sichtbar, die den Austausch beider Länder wieder auf solide Beine stellt.

Nutzen Sie die Gelegenheit, um digital folgende Experten zu treffen:

- **Michael Schmidt**, Präsident, British Chamber of Commerce in Germany e.V.
- **Arne Mielken**, Managing Director, Customs Manager Ltd.
- **John Simkins**, Head of Transport and Logistics, Santander UK
- Moderator: **Martin Brückner**, Herausgeber „ExportManager"

Weitere Infos und Anmeldung auf:
https://www.exportmanager-online.de/events/foren/forum-uk

Veranstalter:
mwm Märkte Weltweit Medien

Mitveranstalter:
Santander

So gelingt der Weg zu mehr Nachhaltigkeit

ESG-linked Loans sind das Mittel der Wahl, um wirtschaftliches Wachstum und Nachhaltigkeit zu verbinden. Die Idee ist, dass die Konditionen der Finanzierung auch daran gekoppelt sind, wie gut das Geschäft bei den ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance) abschneidet.

Anna Orrico
Export Finance Origination, Landesbank Baden-Württemberg

anna.orrico@lbbw.de
www.lbbw.de

Am Thema Nachhaltigkeit kommt kein Unternehmen mehr vorbei. Ob es um den Klimawandel und dessen Folgen geht oder um Menschenrechtsverletzungen in internationalen Lieferketten: Für viele Unternehmen ist es längst selbstverständlich, Umwelt- und Sozialaspekte in die eigene Geschäftstätigkeit einzubinden – das Bewusstsein für die globalen Herausforderungen unserer Zeit ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen.

Banken bilden da keine Ausnahme; auch sie setzen zunehmend auf die Kreditvergabe entlang grüner Kriterien, ebenfalls bekannt als Sustainable Finance. Geld soll so gezielter in Aktivitäten fließen, die wirtschaftliches Wachstum verantwortungsvoll fördern, globale Ressourcen erhalten und Menschenrechte achten. Zur Orientierung dienen die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDG) der Vereinten Nationen (UN), die bis zum Jahr 2030 für alle Menschen weltweit gleichermaßen erreicht sein sollen.

Bei der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ist Nachhaltigkeit als eine von vier strategischen Stoßrichtungen gesetzt. In den verschiedenen Bereichen der Bank unterliegen Investitionsentscheidungen längst Nachhaltigkeitskriterien, die internationalen Standards entsprechen.

© NicoElNino/Shutterstock

Wer die ESG-Kriterien im Blick hat, kann sich auch Vorteile bei der Finanzierung verschaffen.

Jedes Unternehmen kann ESG-Kriterien erfüllen

Die LBBW sieht in der Exportfinanzierung ESG-linked Loans als Mittel der Wahl an. Bei dieser Form der Finanzierung sind die Konditionen daran gekoppelt, wie gut der Kreditnehmer bestimmte messbare Umwelt- und Sozialkriterien sowie Kriterien guter Unternehmensführung – kurz: ESG – erfüllt. Die gute Nachricht dabei ist: Selbst wenn das Kerngeschäft eines Unternehmens nicht per se grün ist, kann es ESG-Kriterien erfüllen. Wer etwa bei seiner unternehmerischen Tätigkeit CO_2-sparsamer produziert, Arbeitsrechte entlang der Produktionsketten einhält oder sich transparente Managementstrukturen gibt, punktet in der Nachhaltigkeitsbewertung.

Das wiederum kann den Ausschlag geben für eine positive Kreditentscheidung, günstigere Konditionen oder zusätzliche Finanzierungskomponenten, denn: Ein hohes Maß an Umwelt- und Sozialbewusstsein in einem Unternehmen geht oft auch mit einem zukunftsfähigen Geschäftsmodell einher. Unter Umständen sucht die Bank im „Positive Screening“ gezielt nach nachhaltigen Projekten. Dabei setzt sie finanzielle Anreize für

Unternehmen, die nachhaltige Aspekte in ihren Aktivitäten berücksichtigen und entweder innerhalb ihrer Branche die beste ESG-Performance aufweisen („Best-in-Class“) oder Pionierleistungen in nachhaltigen Branchen erbringen („Pioneer Screening“).

Auch Kreditversicherer setzen auf ESG

Auch staatliche Kreditversicherer (Export Credit Agencies, ECA) binden bei Projekten ab einer bestimmten Größenordnung ESG-Kriterien in ihre Prüfprozesse ein und suchen sogar verstärkt nach nachhaltigen Projekten. Jede ECA hat zwar ihren eigenen Prüfprozess, aber alle orientieren sich an denselben internationalen Standards. So überprüft auch der deutsche Kreditversicherer Euler Hermes Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsaspekte (USM) der abzusichernden Finanzierungen.

Die Hermesversicherung orientiert sich dabei an den OECD-Leitsätzen und an den Performance-Standards der International Finance Corporation (IFC), einer Tochter der Weltbankgruppe. Projekte, die in der ESG-Bewertung schlecht abschneiden oder keine erkennbaren Bemühungen hin zu mehr Nachhaltigkeit zeigen, werden kritischer gesehen. Die LBBW selbst checkt jeden Antrag zur Exportfinanzierung bereits bei Eingang auf Umwelt- und Sozialkriterien und hat schon viele Unternehmen und deren Kunden durch die anspruchsvollen Prüfprozesse der Kreditversicherer begleitet. Das Schöne daran: Der Exporteur – direkter Kunde der Bank – muss lediglich die erforderlichen technischen Daten liefern, die LBBW und der jeweilige Kreditversicherer überprüfen in eingespielten Prozessen bereits ab dem Zeitpunkt der Antragsstellung stufenweise die ESG-Performance des Projekts.

Dabei begleiten Experten – bspw. Umweltgutachter – das Unternehmen auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit, indem sie im Dialog mit dem Kreditnehmer ein Maßnahmenpaket erarbeiten. Wo leistet das Projekt bereits einen guten Beitrag zu Umwelt- und Sozialfragen und wo gibt es noch Stellschrauben? Diese zu drehen ist dann Aufgabe des Managements des jeweiligen Kreditnehmers – hier kommt der Aspekt der guten Geschäftsführung zum Tragen. So auch etwa im Fall eines Unternehmens, das eine Lackieranlage für Autos exportieren wollte. Der Importeur plante eine Produktionsstraße für Elektroautos. Die deutsche Lackieranlage sollte Teil davon sein. Die LBBW finanzierte die Investition des Importeurs, eine europäische ECA übernahm die Absicherung.

Die Prüfer der ECA orientierten sich an den Performance-Standards der IFC und wollten es genau wissen: Was ist die bestmögliche, aktuell verfügbare Energieeffizienz einer solchen Produktionsstraße? Wie steht die geplante Fabrik im Vergleich da? Es wurde sichergestellt, dass die lokale Bevölkerung in den Planungsprozess der Fabrik eingebunden wurde und dass Landrechte beachtet wurden. Was passiert mit den Abfällen aus der Anlage? Im Rahmen des Projekts wurde zusätzlich in Wasseraufbereitung, Abluft und in eine Recyclinganlage investiert, was gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern, die in der Regel Zielländer der Kreditversicherer sind, noch nicht selbstverständlich ist. Ein Projekt, das dafür eine Lösung bietet, schafft also einen hohen nachhaltigen Mehrwert.

LBBW honoriert ESG-Aspekte in Finanzierungen

Gemeinsam mit dem Importeur und Experten wurden Lösungen erarbeitet, und die Transaktion wurde durch diese Zusammenarbeit deutlich verbessert. Bei ESG-linked Loans kann dies unter Umständen die Konditionen der Finanzierung wie Kosten, mögliche Laufzeiten und Volumina deutlich begünstigen. Aus den umweltschützenden Innovationen ergab sich außerdem ein Wettbewerbsvorteil für die Geschäftspartner. So ging die Theorie auf: die Förderung wirtschaftlichen Wachstums unter Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialaspekten sowie gutem Management.

Der Umkehrschluss liegt auf der Hand: Nachhaltige Unternehmen handeln auch im eigenen Interesse. Wer künftig die ESG-Kriterien nicht erfüllt, wird weniger Sparringspartner haben, v.a. in der Finanzbranche. Übrigens: Um einen Beitrag in Sachen Nachhaltigkeit zu leisten, muss ein Unternehmen nicht zwangsläufig Windparks bauen. Grundsätzlich ist es für fast jedes Unternehmen in fast jedem Geschäftsfeld möglich, mit den richtigen Maßnahmen in Hinblick auf ESG gut abzuschneiden.

„Nachhaltige Unternehmen handeln auch im eigenen Interesse. Wer künftig die ESG-Kriterien nicht erfüllt, wird weniger Sparringspartner haben, v.a. in der Finanzbranche. Um einen Beitrag in Sachen Nachhaltigkeit zu leisten, muss ein Unternehmen nicht zwangsläufig Windparks bauen. Grundsätzlich ist es für fast jedes Unternehmen in fast jedem Geschäftsfeld möglich, mit den richtigen Maßnahmen in Hinblick auf ESG gut abzuschneiden.“

Einige Ausschlusskriterien gibt es dennoch. Atomkraftprojekte bspw. erhalten selbst bei guter CO_2-Bilanz und hervorragendem Management keine Finanzierung mehr von der LBBW. Hier folgt die Landesbank Leitlinien, die sie sich selbst auferlegt hat. Dabei geht es wieder um die Frage: In welche Aktivitäten wollen wir unsere Investitionen lenken? Und damit ja eigentlich darum, in welcher Welt wir leben wollen.

Sri Lanka: die geplünderte Insel

Eine unfähige Regierung und die Katastrophen der Welt haben das strategisch wichtige Eiland in den Abgrund getrieben. Nun ist guter Rat teuer, denn eine Rettung scheint für das zahlungsunfähige Land in weiter Ferne, obgleich Ministerpräsident Mahinda Rajapaksa am 9. Mai zurückgetreten ist.

Ein solches Aufstehen eines Volkes gegen seine gewählte Regierung hat die Welt nicht allzu oft gesehen: Nachdem die Politik des regierenden Rajapaksa-Clans Sri Lanka während der Corona-Pandemie in den wirtschaftlichen Zusammenbruch getrieben hat, begehren die Menschen auf. Über Wochen demonstrieren sie, umzingeln die Amtssitze der führenden Regierungsmitglieder und müssen doch zugleich darum kämpfen, wenigstens das Nötigste an Lebensmitteln und Medikamenten zu ergattern. Immerhin haben die vielen Regierungsgegner am 9. Mai ein für sie bedeutendes Etappenziel erreicht. Ministerpräsident Mahinda Rajapaksa hat seinen Rücktritt eingereicht.

Das einstige Ceylon, eine der beliebtesten Ferieninseln und zugleich ein hoffnungsvoller Produktionsstandort mit geostrategischer Bedeutung, ist in den Abgrund getrieben – die Ernten sind miserabel, die Feriengäste bleiben aus, für die Einfuhr gibt es kein Geld, Anleihen werden nicht bedient und eine Lösung zeichnet sich nicht ab. Und das, obwohl die teils nur Tage im Amt befindlichen Minister oder Notenbankmanager fieberhaft mit Geldgebern rund um die Erde verhandeln. Vom Internationalen Währungsfonds (IWF) über die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank (ADB), China bis hin zu Indien ist natürlich niemand daran gelegen, die Insel mit ihren rund 22 Millionen Menschen abdriften zu sehen. Lösungen aber sind schwer zu finden. Sie wurden dadurch noch erschwert, dass die Rajapaksa-Regierung lange von ihrer Macht nicht lassen wollte.

© Girts Ragelis/Shutterstock

Wenn ein Land auf die Straße geht: Die Proteste gegen die Rajapaksa-Regierung in Sri Lanka sind groß.

Erster landesweiter Generalstreik

Dabei rückt ihr Kollaps näher. Das jüngste Bauernopfer ist Ministerpräsident Rajapaksa. Mit der Salami-Taktik, Familienmitglied nach Familienmitglied dem Druck der Straße zu opfern, versucht dessen Bruder, Präsident Gotabaya Rajapaksa, wenigstens sich selber an der Spitze des Landes zu halten. Kaum jemand glaubt daran, dass ihm dies gelingen werde. Allerdings sind unter Führung der Familie weite Teile des Landes militarisiert worden, bis hinein in Führungspositionen an den Universitäten. Gleichwohl verloren die Menschen diesmal ihren Mut nicht: Zum Tag der Arbeit sammelten sie sich auf den Straßen und Plätzen zu einem ersten landesweiten Generalstreik.

„Die Leute können sich das Leben nicht mehr leisten. Es gibt kein Mehl mehr, keine Milch. Was noch da ist, halten die Händler zurück, um noch mehr zu verdienen. Ein normaler Arbeiter kann, egal wie fleißig er ist, mit seinem Lohn nicht mehr überleben“, sagt Michael Kreitmeir. Seit vielen Jahren baut der Bayer ein großes Kinderheim auf der Insel auf, finanziert es auch durch ökologischen Landbau. Sri Lankas früherer Präsident

Dr. Christoph Hein
Asien-Pazifik-Korrespondent, Frankfurter Allgemeine Zeitung

christoph.hein@faz.de
www.faz.de

Maithripala Sirisena spricht mit Blick auf seine Heimat von „mehr und mehr Tragödien", die die Menschen durchlebten. „Sie bereiten eine Revolte vor, weil sie die Kosten des täglichen Lebens nicht mehr tragen können."

Nicht das Leid der Menschen, wohl aber die ökonomische Notlage der Insel lässt sich in Zahlen, Daten und Statistiken fassen. Sri Lanka kann seine US-Dollar-Schulden nicht mehr bedienen – es steckt in einer Zahlungsbilanzkrise. Die Geldgeber werden auf einen Teil ihrer Ansprüche verzichten müssen. Die Regierung hat dem Land den ersten Zahlungsausfall seit der Unabhängigkeit 1948 beschert. Das Erlassen von Zinsen und Schulden aber wäre nur ein erster Schritt, der die Geldgeber teuer zu stehen käme. Denn zugleich muss sehr schnell frisches Geld auf die Insel geholt werden, um Einfuhren bezahlen zu können – die Menschen brauchen Medizin, Treibstoff, Dünger und Lebensmittel wie Milchpulver, die Sri Lanka nicht selbst herstellt. Dieses Geld aber fließt nicht ohne einschneidende Kursänderungen.

Auch ausländische Geldgeber haben erkannt, dass mit den Rajapaksas wohl kein Weg aus der Krise führen wird. Der IWF verhängte harte Konditionen – frisches Geld gibt es im Fall Sri Lankas bspw. wohl nur noch, wenn die Steuern sprunghaft erhöht werden, um die Staatskassen aufzufüllen und welche Regierung auch immer handlungsfähig zu machen. Große Fonds etwa aus Skandinavien wollen Sri Lanka nun zwingen, für weitere Gelder zunächst ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz abzugeben. Die Europäische Union ihrerseits will auch die Menschenrechte stärker in den Fokus rücken; ein Deutscher sitzt bspw. schon mehr als eineinhalb Jahre unter bislang nicht belegten Terrorismusvorwürfen in Colombo im Gefängnis, ohne Aussichten auf einen Prozess. Vielen aus der Opposition Sri Lankas ergeht es noch schlimmer.

Heutige Krise kam mit Ansage

Die heutige Krise kam mit Ansage. Zu keinem Zeitpunkt wusste die Regierung eine Antwort auf die wachsenden Probleme. Dabei waren die Rajapaksas als starke Männer gewählt worden, weil ihnen zugesprochen wurde, den jahrzehntelang währenden Bürgerkrieg mit eiserner Faust beendet zu haben. Die damit einhergehenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden bis heute freilich nicht aufgearbeitet – worauf die teils zu großem Wohlstand gekommenen Tamilen im Exil drängen. Um Wähler zu belohnen, halbierte Gotabaya Rajapaksa nach dem Sieg 2019 die Mehrwertsteuer auf nur noch 8%. Andere Steuern strich er ganz. Schon im Wahlkampf hatten die Rajapaksas auch angekündigt, die Agrarindustrie über zehn Jahre auf organischen Anbau umstellen zu wollen.

Vor gut einem Jahr trat Sri Lankas Präsident dann plötzlich das Gaspedal durch: Nun verordnete Rajapaksa der Insel die angedachte Agrarwende über Nacht – einem Land, in dem 90% der Bauern chemische Erntehelfer nutzen und allenfalls ein Fünftel sich mit organischem Ausbau auskannte. Dünger und Pestizide waren ab sofort verboten, Traktoren und Ersatzteile unterlagen sowieso schon einem Einfuhrverbot. Die Bauern waren vollkommen überfordert. „Der Grund", so sind sich Diplomaten in Colombo sicher, „war einzig und allein die US-Dollar-Ebbe. Die Regierung musste Kredite bedienen und war klamm." Kreitmeir erzählt, dass die Bauern sich über Jahrzehnte an subventionierten Dünger gewöhnt hatten. „Das wurde der Regierung zu teuer. Also strich sie ihn."

Das Eiland im Indischen Ozean, eigentlich reich beschenkt mit Tee, Reis, Fisch, Gummi und Gewürzen, glitt dann in die lodernde Krise, als die Touristen nach den Anschlägen Ostern 2019 und während der folgenden Pandemie ausblieben. Zeitgleich kollabierten die Überweisungen der Gastarbeiter, die ein gutes Viertel der Wirtschaftsleistung der Insel ausmachten. Die Kettenreaktion ließ Sri Lanka in die „schlimmste Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit von Großbritannien 1948" gleiten, musste selbst die Regierung einräumen. „Die Wirtschaft Sri Lankas ist wie ein altes Gebäude, das baufällig geworden ist. Wir haben Geld für sehr teure Fliesen ausgegeben, aber die Tatsache ignoriert, dass das Dach leckt und die Wände wackeln. Das ganze Haus wird eher früher als später zusammenbrechen, werden die Reparaturen nicht sofort in Angriff genommen", fasst der Ökonom Umesh Moramudali von der Universität Colombo die Lage zusammen.

Anfang Mai brauchte Sri Lanka sofort 3 Mrd USD, um die dringendsten Einfuhren zahlen zu können. Am 25. Juli muss eine Anleihe mit 1,03 Mrd USD zurückgezahlt werden. Insgesamt sind 2022 mindestens 7 Mrd USD Kredite fällig. Der Wert aller US-Dollar-Anleihen beläuft sich auf knapp 13 Mrd USD. Ende März lagen die US-Dollar-Reserven Sri Lankas aber nur noch bei 1,94 Mrd USD.

Wie geht es weiter mit den Schulden?

Der Schuldendienst auf die gesamten Verbindlichkeiten der Insel in Höhe von 51 Mrd USD werde zumindest vorübergehend eingestellt, erklärte der erst Mitte April berufene Notenbankgouverneur P. Nandalal Weerasinghe. Er versuchte die Märkte zu beruhigen, die den Zusammenbruch seit Monaten erwarteten, und sprach zeitgleich von einer bevorstehenden „Einigung mit den Gläubigern und Unterstützung mit einem IWF-Programm". Die Frist für eine Einigung dürfte er deutlich unterschätzen – denn der Fonds hat Forderungen. Für Kleinigkeiten, so Weerasinghe, sei nun keine Zeit mehr: „Wir müssen uns auf die wesentlichen Importe konzentrieren und uns nicht um die Bedienung der Auslandsschulden kümmern." Noch aber ist niemand in Sicht, der ihm dafür das Geld gäbe.

Kein Export ohne Import

Die deutsche Exportwirtschaft ist auf eine Vielzahl importierter Metalle angewiesen. Weil der Zugriff auf etliche Metalle und daraus gefertigte Vorprodukte gefährdet ist, braucht Deutschland dringend eine an die aktuelle Situation angepasste Rohstoffstrategie und eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Beteiligten.

Hauke Burkhardt
Global Head of Lending Unternehmensbank, Deutsche Bank AG

hauke.burkhardt@db.com
www.deutsche-bank.de/ub

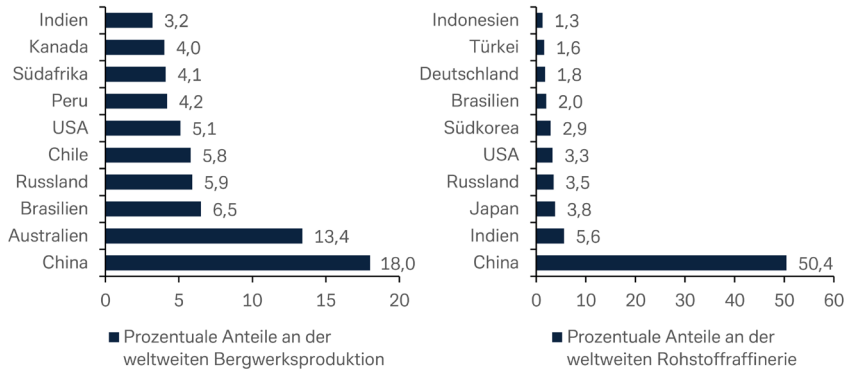
Um es vorwegzuschicken: Der Export wird auch künftig ein wesentlicher Pfeiler der deutschen Volkswirtschaft bleiben. Aber der aktuelle Krieg und die dahinter sichtbar werdenden geopolitischen Verwerfungen bergen Risiken für das Exportgeschäft. Das liegt nicht nur an dem möglicherweise zunehmenden Protektionismus, der den Zugang zu Absatzmärkten erschweren könnte. Das Exportgeschäft vieler Branchen lebt auch vom Import – nämlich der Einfuhr von Rohstoffen und Vorprodukten.

Bislang liegt der Fokus auf der Versorgung mit ausreichend bezahlbarer Energie. Die Versorgung mit Rohstoffen spielt in der Diskussion kaum eine Rolle. Dabei werden sie für die Wohlfahrt in unserem Land von entscheidender Bedeutung sein. Deutschlands Unternehmen können eine Führungsrolle bei der digitalen und nachhaltigen Transformation der Weltwirtschaft übernehmen. Dafür sind sie aber auf den Zugriff auf seltene Metalle wie Kobalt, Lithium oder Seltene Erden angewiesen. Hier droht in den kommenden zwei Jahrzehnten ein Engpass, für den Deutschland mit einer gemeinsamen Anstrengung aller Stakeholder eine Rohstoffstrategie entwickeln muss.

Das Problem der Rohstoffversorgung wird mit Macht über die Unternehmen kommen. In den nächsten Jahren werden Batterien, Halbleiter, Windkraftanlagen und Solarzellen die Nachfrage nach verschiedenen (raffinierten) Rohstoffen massiv erhöhen. Der Preis für metallische Rohstoffe hat sich im Schnitt seit der Jahrtausendwende bereits mehr als verfünffacht, und der Bedarf wird weiter steigen: 2040 wird die Nachfrage das aktuelle Angebot nach Schätzungen der Deutschen Rohstoffagentur bei wichtigen seltenen Metallen um ein Vielfaches übersteigen – signifikante Investitionen in zusätzliche Kapazitäten sind notwendig, um die Marktnachfrage zu decken.

Wie können deutsche Unternehmen den Zugriff auf die benötigten Metalle sicherstellen? Die Ausgangslage ist schwierig: Deutschland ist in hohem Maße abhängig von Rohstoffimporten aus einer Handvoll Länder, die über einen Großteil der Vorkommen verfügen oder die Raffineriekapazitäten kontrollieren. Lithium z.B. kommt vorwiegend aus Chile, Niob fast ausschließlich aus Brasilien. Viel bedeutsamer aber: Von 30 kritischen Rohstoffen werden zehn hauptsächlich aus China und acht aus afrikanischen Ländern bezogen, in denen die Volksrepublik zunehmend in rohstoffbezogene Infrastruktur investiert. Außerdem importiert Deutschland viele Rohstoffe aus Russland.

Während der Rohstoffabbau weltweit relativ breit gestreut ist, erfolgt etwa – gemessen am Umsatz – die Hälfte der Endveredelung und Produktion in China. Das birgt potenziell zwei Risiken: Erstens könnte China in einem Handelskrieg Lieferstopps als Verhandlungsmasse einsetzen. Das ist mit Blick auf die aktuelle Großwetterlage kein unrealistisches Szenario. Zweitens könnten einheimische Exporteure gezwungen sein, ihre Produktion zur Reduzierung des CO_2-Fußabdrucks zu drosseln. Das ist sogar schon passiert: Im September 2021 ordnete die Regierung an, dass zwei Drittel der 50 Magnesiumhütten ihre Produktion bis zum Jahresende 2021 einstellen sollten. Außerdem wollen die Chinesen sich auf den wach-



Wertmäßiger Anteil der jeweils zehn wichtigsten Länder an der Bergbau- und Raffinerieindustrie: China ist entscheidend, Russland punktuell auch. (Daten entnommen aus Deutsche Rohstoffagentur, Rohstoffliste 2021)

© Illustration der Deutschen Bank

senden Inlandsverbrauch konzentrieren. In Summe ist aus China eine Verringerung der für deutsche Unternehmen verfügbaren Rohstoffe und Vorprodukte zu erwarten.

Bei einigen veredelten Rohstoffen ist Deutschland stark von Russland abhängig. Das gilt vor allem für Nickel, Titan und Aluminium, aber auch für Palladium. Russlands Verhalten hat außerdem wesentlichen Einfluss auf die Preise. Der Krieg hat nicht nur einen noch nie dagewesenen Angebotsschock auf den Rohstoffmärkten ausgelöst, sondern auch zu rasch steigenden Preisen geführt. Auch künftig könnte der Konflikt erhebliche Auswirkungen auf die Rohstoffpreise haben und die bestehenden Importstrukturen stören. Es ist allerdings auch denkbar, dass sich die internationalen Handelsströme innerhalb kurzer Zeit anpassen und neue Anbieter den Markt betreten.

Die Anfälligkeit von Lieferketten geht über die Politik einzelner Länder hinaus. Die Pandemie oder die Havarie im Suez-Kanal haben gezeigt, dass auch höhere Gewalt und Missgeschicke massive Auswirkungen haben können. Außerdem bringt der Nachhaltigkeitstrend nicht nur einen Fokus auf den CO_2-Fußabdruck des individuellen Unternehmens – Governance-Erwartungen von Stakeholdern und rechtliche Rahmenbedingungen wie das Lieferkettengesetz erfordern mehr Transparenz in Bezug auf die Lieferanten und begünstigen die physische Nähe.

Das Whitepaper zum Artikel

Der Artikel basiert auf einem aktuellen Whitepaper der Deutschen Bank mit dem Titel „Rohstoffsicherheit in einer volatilen Welt". Die Analyse enthält zahlreiche weitere Informationen und ist HIER abrufbar.

Vorschläge für eine Rohstoffstrategie

Die Analyse zeigt eins deutlich: Um den zuverlässigen Zugriff auf metallische Rohstoffe sicherzustellen, ist eine konzertierte Aktion aller Stakeholder erforderlich. Die Diskussion über die Strategie und deren konkrete Umsetzung hat erst begonnen. Folgende Maßnahmen könnten Eckpfeiler einer Rohstoffstrategie sein:

a) Zugriff auf raffinierte und halbfertige Metalle

Deutschland und die EU könnten über Exportfinanzierungen, Vorauszahlungen oder Darlehen zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen den Aufbau von Metallraffineriekapazitäten direkt am Ort der Rohstoffgewinnung unterstützen. Das wären gleichberechtigte Partnerschaften mit den Rohstoffländern, die dadurch ihre Wertschöpfungstiefe und Margen erhöhen sowie Arbeitsplätze schaffen könnten. Außerdem könnten wir eigene Raffineriekapazitäten auf- und ausbauen.

b) Rohstoffe außerhalb der EU beschaffen

Wenn Deutschland und Europa die Raffineriekapazitäten diversifizieren, können sie damit auch einen breiteren Lieferantenpool erschließen. Sicheren Zugriff bieten

- Beschaffungspartnerschaften mit Rohstoffhändlern
- Eigenkapitalinvestitionen in Rohstoff fördernde Unternehmen
- Infrastruktur im Tausch für die Bereitstellung von Rohstoffrechten
- Vorauszahlungen und Kredite, die durch die Lieferung von Rohstoffen zurückgezahlt werden

c) Rohstoffe innerhalb der EU beschaffen

Deutschland und seine europäischen Nachbarländer verfügen selbst über Metallreserven, die in den vergangenen Jahren nicht abgebaut wurden. Mit der Beschaffung vor Ort trügen Unternehmen auch gestiegenen Nachhaltigkeitsanforderungen Rechnung. Allerdings dürften Aufwand und Kosten höher sein. Außerdem fehlt es in Europa an Risikokapital für die Finanzierung der Rohstoffgewinnung.

d) Strategische Reserven bilden

Bei der strategischen Bevorratung sollten die Unternehmen antizyklisch handeln und sich bei günstigen Marktbedingungen größere Mengen sichern. Darüber hinaus sollten klare Prioritäten gesetzt werden, für welche Rohstoffe und veredelte Erzeugnisse strategische Reserven erforderlich sind. Länder wie die USA und Japan haben öffentlich-private Partnerschaften geschaffen, die die Lagerung von Rohstoffen organisieren.

e) Recyclingquote erhöhen

Bei kaum einem kritischen Metall liegt die Recyclingquote bislang über 20%, bei vielen nahe null. Um die Recyclingfähigkeit zu erhöhen, wären mehrere Initiativen erforderlich – von der Erhöhung der gesetzlich vorgeschriebenen Recyclingquoten bis hin zur Schaffung eines Rechtsrahmens, der das Recycling vor Ort erleichtert (z.B. Anpassung des Flächennutzungsrechts). Außerdem müssen Produkte wieder leichter in ihre ursprünglichen Materialien zerlegt werden können.

f) Ersatz für wichtige Rohstoffe finden

Aktuell lassen sich nur wenige Rohstoffe durch Alternativen ersetzen. Daher sind zusätzliche Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) erforderlich.

Den Zugriff auf vitale Rohstoffe zu sichern ist eine Kraftanstrengung, die allen Beteiligten Kreativität und Kompromisse abverlangen sowie Kosten verursachen wird. Aber die Anstrengung lohnt sich – nicht zuletzt, um das Exportgeschäft zahlloser deutscher Unternehmen abzusichern.

Neue Russland-Sanktionen: Embargos gegen Russland und Belarus im Vergleich

Nach dem 15. März 2022 wurden als Antwort auf den völkerrechtswidrigen Angriff zusätzliche Sanktionen gegen Russland und gegen Belarus beschlossen. In Fortsetzung unserer beiden Beiträge (ExportManager 2/2022, S. 23 ff. und 3/2022, S. 25 ff.) werden die Auswirkungen dieses EU-Embargos – mit einem Vergleich des Russland- und Belarus-Embargos – für Exporteure in der EU aufgezeigt.

PD Dr. Harald Hohmann
Rechtsanwalt,
Hohmann Rechtsanwälte

info@hohmann-rechtsanwaelte.com
www.hohmann-rechtsanwaelte.com

Ausgangsfall 1: D in Deutschland möchte eine Auswuchtmaschine mit der ZTN (Zolltarifnummer) 9031 1000 an den Kunden R in Russland und den Kunden B in Belarus liefern. Was muss D hierbei nach dem Russland- und Belarus-Embargo beachten?

Ausgangsfall 2: G, Geschäftsführer der D in Deutschland, möchte seinen kranken Vater in Russland besuchen und dort einen Monat bleiben. Da keine Kreditkarten mehr in Russland akzeptiert sind, nimmt er 9.000 EUR Bargeld mit, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Der deutsche Zoll stellt dieses Geld sicher und wirft ihm einen Embargoverstoß vor. Wie kann sich G wehren?

Ausgangsfall 3: Ein am 8. April 2022 gelisteter Oligarch O aus Russland reist mit seinem Privatjet nach Deutschland, um hier eine Flugzeugreparatur durchführen zu lassen. Dürfte der Privatjet beschlagnahmt werden, wenn O nach durchgeführter Reparatur seinen Rückflug nach Russland antreten will?

Die weiteren Russland-Sanktionen vom 16. März bis 24. April 2022

Bezüglich der **Ukraine-VO 269/2014** gibt es kleine Änderungen durch die Änderungsverordnungen **VO 2022/580** und **VO 2022/625** vom 8. bzw. 13. April 2022: Übergangsregelungen (Altvertragsregelungen) für einige neue Listungen und Ausnahmen für humanitäre Partner bzw. humanitäre Zwecke. Für die Ukraine-VO gibt es eine wichtige Durchführungs-VO **2022/581** vom 8. April 2022: Es werden zusätzlich 216 natürliche Personen und 17 Einrichtungen gelistet, sodass deren Vermögen eingefroren wird und ihnen gegenüber ein Bereitstellungsverbot besteht.

Zu den 17 Einrichtungen gehören einige Maschinen-, Elektronik- und Waffenhersteller sowie vier Banken (Otkritie, Novicombank, Sofcombank, VTB Bank). Zu den 216 Personen zählen hochrangige Kreml-/Ministerialbeamte, weitere Oligarchen, hochrangige Militärs, Industrielle und Medienvertreter sowie Verwandte (Eheleute, Kinder/Eltern, Geschwister) von vorher Gelisteten (u.a. die Tochter von Präsident Wladimir Putin) – um Verschiebungen des Vermögens innerhalb der Familie zu verhindern – und Mitglieder der sog. Donezk-Regierung. Damit sind derzeit insgesamt 1.110 natürliche Personen und 83 Einrichtungen auf der Ukraine-VO gelistet – eine lange Liste. Praxistests zeigen allerdings, dass viele der russischen Namen, die meist auf drei oder vier Weisen geschrieben werden können, in der Regel manuell nur dann entdeckt werden, wenn nur eine bestimmte der möglichen Schreibweisen eingegeben wird.

© Sandor Szmutko/Shutterstock

Russland und Belarus sind durch die Sanktionen immer stärker von der restlichen Welt abgeschnitten.

Erklärung der ILA Germany anlässlich des Angriffs Russlands auf die Ukraine

Der Vorstand der Deutschen Vereinigung für Internationales Recht, der deutschen Landesgruppe der International Law Association und ältesten Fachgesellschaft für Völkerrecht in Deutschland, erklärt angesichts der Ereignisse: Der Raketenbeschuss der Ukraine und das Eindringen von Panzern und Soldaten der russischen Streitkräfte in die Ukraine verletzen elementare und fundamentale Völkerrechtsregeln, an die Russland als Mitglied der Vereinten Nationen gebunden ist. Die Angriffe verstoßen gegen das Gewaltverbot und das Interventionsverbot und sind nicht zu rechtfertigen. Russland kann sich nicht auf ein Selbstverteidigungsrecht berufen, weil sich die Ukraine, anders als von Russland behauptet, absolut friedlich verhalten hat. Russland muss deshalb den Völkerrechtsverstoß beenden und seine Angriffe unmittelbar einstellen. Konflikte zwischen der Ukraine und Russland sind im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen auf friedliche Weise zu lösen.

Die wichtigsten Änderungen betreffen die **Russland-VO** 833/2014 durch die **VO 2022/576** vom 8. April 2022: Neben einer Neufassung von zwei Artikeln (Verbot der Entgegennahme von „Oligarchen"-Einlagen über 100.000 EUR bzw. Lieferverbot von Banknoten eines EU-Mitgliedstaates nach Russland) werden die Anhänge X (Güter für die Raffination) und XVII (Eisen- und Stahlerzeugnisse) neu gefasst und die Anhänge VII (strategische Güter) und XVIII (Luxusgüter) ergänzt. Neu sind vor allem die folgenden Bestimmungen:

- Ausfuhrverbot für bestimmte Kraftstoffe (Anhang XX) und vor allem für Güter nach Anhang XXIII (Güter, die zur Stärkung der industriellen Kapazitäten Russlands beitragen könnten). Das ist eine Liste von 31 Seiten Länge (von KN Code 0601 bis 9612).
- EU-Einfuhrverbot von Gütern nach Anhang XXI (Güter, die Russland erhebliche Einnahmen bringen könnten, u.a. Kaviar, einige Chemikalien, Düngemittel, Holz, Glasfasern, Turbo-Strahltriebwerke, Schiffe etc.) und von Gütern nach Anhang XXII (Kohle-Erzeugnisse)
- Verbot des EU-Hafenzugangs für russische Schiffe sowie Verbot der Beförderung und Durchfuhr in der EU für russische Lkw-Unternehmen
- Verbot, öffentliche Aufträge nach Russland zu vergeben und Verträge mit russischen Stellen weiter zu erfüllen
- Verbot, russische Einrichtungen, die sich zu über 50% in öffentlicher Kontrolle befinden, zu unterstützen
- Verbot, einen Trust o.Ä. mit russischen Staatsangehörigen zu registrieren

Vor allem der neue Anhang XXIII und die Ausweitung der vier genannten Anhänge (VII, X, XVII und XVIII) führen dazu, dass Exporteure nach dem 8. April 2022 ihre Russland-Geschäfte neu überprüfen müssen, selbst wenn sie vorher eine Genehmigung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle erhalten hätten.

Sonstige neue Russland-Bestimmungen betreffen erstens Änderungen zur Donezk-VO 2022/263 (durch VO 2022/626 vom 13. April 2022): Hier werden Ausnahmen für zwei der dort enthaltenen Verbote für humanitäre Zwecke normiert. Sie umfassen zweitens Änderungen zur Belarus-VO 765/2006 (durch VO 2022/577 vom 8. April 2022): Hiermit wird das Verbot der Beförderung und Durchfuhr in der EU für belarussische Lkw-Unternehmen eingeführt und das Lieferverbot von Banknoten eines EU-Mitgliedstaats nach Belarus neu gefasst. Sie betreffen drittens neue Beschlüsse zu EU-Unterstützungs-maßnahmen im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (GASP-Beschlüsse 2022/471 und 2022/472 vom 23. März 2022).

Prüfreihenfolge und Vergleich mit der Belarus-VO

Prüfung 1 – Dual-Use-Gut

Russland: Wenn es um ein gelistetes Dual-Use-Gut geht, ist die Ausfuhr grundsätzlich verboten, falls es nicht um einen der abschließend geregelten sieben nicht militärischen Zwecke (Ausnahmetatbestände) geht; sonst muss die Altvertragsregelung (durch bis zum 1. Mai 2022 zu beantragende BAFA-Genehmigung) genutzt werden.

Belarus: gleiche Regelung.

Prüfung 2 – spezifische Güterverbote

Russland: Es bestehen Ausfuhr- und Verkaufsverbote nach Russland für Güter nach Anhang II (Erdölgüter), Anhang VII (strategische Güter = Güter für militärische und technologische Stärkung Russland), Anhang X (Güter für Raffination), Anhang XI (Güter für Luft- und Raumfahrt), Anhang XVI (Güter der Meeres- und Schiffstechnik), Anhang XVIII (Luxusgüter), Anhang XX (bestimmte Kraftstoffe), Anhang XXIII (Güter zur Stärkung der industriellen Kapazitäten Russlands). Und für folgende Güter Russlands bestehen Einfuhr- und Verkaufsverbote in die EU: Anhang XVII (Eisen- und Stahlerzeugnisse), Anhang XXI (Güter mit erheblichem Einnahmepotenzial für Russland), Anhang XXII (Kohleprodukte) und Anhang XXIV (bestimmte chemische Erzeugnisse).

Belarus: Es bestehen Ausfuhr- und Verkaufsverbote nach Belarus für Güter nach Anhang III (Repressionsgüter), Anhang IV (Überwachungssoftware), Anhang Va (strategische Güter = Güter für militärische und technologische Stärkung von Belarus), Anhang VI (Tabakerzeugnisse) und Anhang XIV (Maschinen). Und für folgende Güter von Belarus bestehen Einfuhr- und Verkaufsverbote in die EU: Anhang VII (Mine-

ralerzeugnisse), Anhang VIII (Kaliumchlorid-Produkte), Anhang X (Holzerzeugnisse), Anhang XI (Zementerzeugnisse), Anhang XII (Eisen- und Stahlerzeugnisse) und Anhang XIII (Kautschukerzeugnisse).

Vergleich: Bei den Ausfuhrverboten entsprechen sich die strategischen Güter (Russland-Anhang VII, Belarus-Anhang Va) weitgehend; und bei den Gütern mit hohem Einnahmepotenzial (Russland-Anhang XXIII, Belarus-Anhang XIV) gibt es Teilüberschneidungen; bei Belarus fehlen derzeit Ausfuhrverbote vor allem für Luxusgüter. Bei den Einfuhrverboten entsprechen sich die Eisen- und Stahlerzeugnisse (Russland-Anhang XVII, Belarus-Anhang XII) weitgehend. Ansonsten gibt es viele Unterschiede.

Prüfung 3 – Risiko Krim/Donezk
Russland: Spezifische Beschränkungen sind zu beachten, falls die Güter in die besetzten Ukraine-Regionen Krim (VO 692/2014) oder Donezk/Luhansk (VO 2022/263) gelangen könnten. Dann gelten ein Export- und Verkaufsverbot für Güter nach Anhang II (Güter für Verkehr, Telekommunikation, Energie, Öl- und Gasexploration/Förderung), ein EU-Einfuhrverbot sowie bestimmte Verwendungs- und Dienstleistungsverbote und sehr umfassende Investitionsverbote.

Belarus: Solche Regelungen fehlen hier.

Prüfung 4 – Sensitive Verwendungen
Russland: Es sind sensitive Verwendungen (v.a. Catch-all, Militär, Öl) zu prüfen: Verbot der Genehmigung bei potenziell militärischer Nutzung/bei potenziell militärischem Nutzer, wenn Nutzung für Ölexploration feststeht oder wenn Anhaltspunkte für die Verwendung im Kontext mit ABC-Waffen/Trägern oder mit Nukleaanlagen bestehen.

Belarus: Hier gelten entsprechende Regelungen (ohne die Ölverwendung).

Prüfung 5 – Personenprüfung
Russland: Es besteht ein Verkaufs- und Lieferverbot, wenn eine der in der Lieferkette involvierten Personen/Firmen oder Banken – unmittelbar oder mittelbar (= Listung der Anteilseigner/Geschäftsführer) – auf EU-Sanktionslisten gelistet sind (vgl. v.a. VO 269/2014), vgl. auch die spezifischen Personenanhänge der Russland-VO 833/2014, u.a. den Anhang XIX.

Belarus: gleiche Regelungen (vgl. Listung in Anhang I der Belarus-VO).

Prüfung 6 – Finanzierungsprüfung

Russland: Bei Krediten von mindestens 30/90 Tagen Laufzeit und bei vielen Geldmarktinstrumenten bestehen Verbote, v.a. wenn sie von bestimmten Firmen oder Banken kommen; es gibt auch zahlreiche Investitionsverbote.

Belarus: Hier sind die Regelungen weitgehend gleich.

Lösung Ausgangsfall 1

Güterprüfung: Die Auswuchtmaschine könnte ein gelistetes Dual-Use-Gut sein (v.a. Position 2B119a oder 2B219). Falls ja, würde für eine Ausfuhr aus kommerziellen Motiven sowohl nach Russland als auch nach Belarus ein Ausfuhrverbot bestehen – es sei denn, dass die Altvertragsregelung (Vertrag vor dem 26. Februar bzw. 3. März 2022, BAFA-Genehmigungsantrag bis zum 1. Mai 2022) greift.

Weitere Güterprüfung: Mit dieser ZTN finden sich keine Einträge in der Russland-VO 833/2014. Im Russland-Anhang XXIII ist lediglich ein Gut mit einer benachbarten ZTN (9031 20 – Prüfstände) aufgeführt, um dieses Gut geht es hier aber nicht. Und in der Belarus-VO findet sich keinerlei Eintrag. Eine manuelle Nachprüfung ist bzgl. solcher Güteranhänge erforderlich, die keinerlei ZTN nennen, für Russland ist dies Anhang VII und für Belarus Anhang Va. Diese manuelle Nachprüfung dürfte hier zum Ergebnis führen, dass keines der Güter nach Russland-Anhang VII bzw. Belarus-Anhang Va vorliegt. Wäre dies anders, kann möglicherweise die Altvertragsregelung (Altvertrag und Genehmigungsantrag bis 1. Mai 2022) genutzt werden.

Personenprüfung: Der Kunde R (und seine Anteilseigner/Geschäftsführer) darf weder auf den Anhängen der Ukraine-VO gelistet sein noch auf Anhängen der Russland-VO, v.a. nicht auf Anhang IV (militärische Endverwender) oder Anhang XIX (staatseigene Unternehmen, mit denen jeder Handel verboten ist). Der Kunde B (und seine Anteilseigner/Geschäftsführer) darf nicht auf Anhang I der Belarus-VO gelistet sein. Auch andere involvierte Personen (wie etwa Banken) müssen auf Personenlistung überprüft werden.

Lösung Ausgangsfall 2

Nach Art. 5i Abs. 1 Russland-VO 833/2014 ist es verboten, „auf eine amtliche Währung eines Mitgliedstaats lautende Banknoten“ zur Verwendung in Russland zu verbringen; hierunter fallen auch Euro-Banknoten. Gegen dieses Verbot hätte G grundsätzlich verstoßen. Aber nach Art. 5i Abs. 2 gilt das Verbot nicht „für den persönlichen Gebrauch natürlicher Personen, die nach Russland reisen, oder von mitreisenden unmittelbaren Familienangehörigen“. G sollte Einspruch gegen die Sicherstellung seines Geldes legen. Wenn er nachweisen kann, dass das Geld in dieser Höhe für seinen persönlichen Gebrauch für einen Monat Aufenthalt in Russland benötigt wird, müsste sein Einspruch erfolgreich sein. Dann läge auch kein Embargoverstoß vor.

Lösung Ausgangsfall 3

Mit einer Listung auf Anhang I der Ukraine-VO entsteht ein Verfügungsverbot für die gelisteten Personen (ihr Vermögen wird „eingefroren“) – und andere Perso-

nen dürfen den Gelisteten weder Gelder noch Waren/Dienstleistungen zur Verfügung stellen (Bereitstellungsverbot). Mit dem „Einfrieren" des Vermögens des Gelisteten entsteht nach Polizeirecht die Befugnis, dessen Vermögen zu beschlagnahmen, sofern Anhaltspunkte dafür bestehen, dass ein Entzug des Gutes aus der Verfügungsgewalt des Staates droht oder dass das Gut vom Gelisteten zum Erzielen von Einnahmen (oder für ähnliche Sanktionsverstöße) genutzt werden soll. Da hier ein Entzug aus der staatlichen Verfügung droht, dürfen die zuständigen Polizeibehörden die Beschlagnahme des Flugzeugs von O anordnen. Dieser Aufgabe kommt Deutschland derzeit nicht genügend nach.

Resümee

Das Russland-Geschäft wird immer aufwendiger: Täglich können sich die Russland-Sanktionen verschärfen, sodass der Russland-Export, der gestern noch zulässig gewesen war, morgen schon verboten ist; daher sind ständige Überprüfungen erforderlich. Gleichzeitig ist die Anzahl der Genehmigungsanträge beim BAFA „explodiert", nach Schätzungen von Mitarbeitern auf etwa das Vierfache des bisherigen Umfangs. Und die BAFA-Bearbeitungszeit für diese Genehmigungsanträge wird bei ständigen Änderungen länger: Wenn kurz nach Abschluss der Technikerüberprüfung neue Güteranhänge der Russland-VO angehängt werden, muss der Genehmigungsantrag wieder vom Genehmigungs- zum Technikreferat des BAFA zurück (zu einer zweiten Überprüfung).

Längere BAFA-Zeiten können dazu führen, dass Altvertragsregelungen, die für Altverträge lediglich von einer Vertrags-„Erfüllung" bis zum Tag X (aber nicht von einem BAFA-Genehmigungsantrag) abhängen, nicht mehr genutzt werden können, weil bis dahin der letztmögliche Tag für die Vertragserfüllung verstrichen ist. Dadurch steigt die Notwendigkeit, dass Exporteure eigenverantwortliche Überprüfungen ihres Russland- und Belarus-Geschäfts vornehmen; gleichzeitig fehlen aktuelle BAFA-Merkblätter zum Russland-Embargo.

Beratung durch Exportanwälte ist somit notwendig und unvermeidbar. Dabei sollte das Risiko von Embargoverstößen und möglichst auch von unnötigen BAFA-Genehmigungsanträgen vermieden werden. Zu besonders hohem Beratungsaufwand führen Güteranhänge, die auf die Nennung jeglicher ZTN verzichten (wie Russland-Anhang VII und Belarus-Anhang Va). Gleiches gilt für das Herausfinden von Geschäftsführern/Anteilseignern – in Russland/Belarus unverzichtbar, v.a. wegen möglicher gelisteter Oligarchen, die Anteile halten. Beides führt zur Notwendigkeit von manuellen Recherchen.

Wegen aktueller Hinweise zum Russland-Embargo vgl. HIER und zum EU-Exportrecht vgl. HIER

Anzeige

Strategische Partner

Coface
Niederlassung in Deutschland
Sebastian Knierim
Pressesprecher
Isaac-Fulda-Allee 1
55124 Mainz
(0 61 31) 323-335
sebastian.knierim@coface.com

Credendo
Karsten Koch
Country Manager
Luisenstraße 21
65185 Wiesbaden
(06 11) 50 40 52-02
k.koch@credendo.com

Deutsche Bank AG
Corporate Bank
Kerstin Schirduan
Regional Marketing Head
EMEA
Taunusanlage 12
60325 Frankfurt am Main
(069) 910-322 96
kerstin.schirduan@db.com

ecovium GmbH
Darya Basarhina
Director, Sales
Customs Division
Adlergasse 7
73560 Böbingen
(0 71 73) 91 25-44
01 70 635 90 76
darya.basarhina@
ecovium.com

GvW Graf von Westphalen
Dr. Lothar Harings
Rechtsanwalt
Poststraße 9 – Alte Post
20354 Hamburg
(040) 359 22-278
l.harings@gvw.com

Helaba
Andrej Rempel
Executive Director
Structured Trade &
Export Finance
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
(069) 91 32-43 86
andrej.rempel@helaba.de

Hohmann Rechtsanwälte
RA Dr. Harald Hohmann
Am Galgenfeld 14–16
63571 Gelnhausen
(0 60 51) 88 88-644
info@hohmann-
rechtsanwaelte.com

KfW IPEX-Bank GmbH
Dr. Axel Breitbach
Stellvertretender Direktor
Kommunikation
Palmengartenstraße 5–9
60325 Frankfurt am Main
(069) 74 31-29 61
axel.breitbach@kfw.de

**Landesbank
Baden-Württemberg**
Nanette Bubik
Head of Export Finance
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
(07 11) 127-760 18
nanette.bubik@lbbw.de

ODDO BHF
Aktiengesellschaft
Jutta Röller
International Banking Sales
Bockenheimer Landstraße 10
60323 Frankfurt am Main
(069) 718-22 35
jutta.roeller@oddo-bhf.com

TraFinScout GmbH
Eckhard Creutzburg
Geschäftsführer
Solmsstraße 4
60486 Frankfurt am Main
(069) 153 25 93 41
eckhard.creutzburg@
trafinscout.com

IMPRESSUM

Verlag:
MBM Martin Brückner Medien
GmbH
Rudolfstraße 22–24
60327 Frankfurt am Main
HRB Nr. 42035
Amtsgericht Offenbach
Ust.-Idnr. DE246197823

Geschäftsführung:
Martin Brückner

Redaktionsleitung:
Jörg Rieger
Telefon: (09 31) 90 73-28 76
E-Mail: redaktion@exportmanager-
online.de

Anzeigenleitung:
Jens Walther

Lektorat:
Juliane Streicher

Jahresabonnement:
Bezug kostenlos, zehn Ausgaben,
Registrierung unter
www.exportmanager-online.de

Strategische Partner:
Coface, Credendo, Deutsche Bank,
ecovium, GvW Graf von Westphalen,
Helaba, Hohmann Rechtsanwälte,
KfW IPEX-Bank, Landesbank Baden-
Württemberg, ODDO BHF,
TraFinScout

Haftungsausschluss:
Alle Angaben wurden sorgfältig
recherchiert und zusammengestellt.
Für die Richtigkeit und Vollständig-
keit des Inhalts des ExportManagers
übernehmen Verlag und Redaktion
keine Gewähr.

**Eine Publikation von:
MBM Martin Brückner
Medien GmbH**